

Brauchen wir eine Ökonomie des Friedens? Eine schweizer Perspektive auf die Verbindung der Wirtschaft mit Gewaltkonflikten

Daniele Ganser, Zürich

1. Einleitung

Internationale Kriege, Bürgerkriege, Terrorakte und Diktaturen sind vielschichtige und komplexe Gewaltphänomene, aber alle haben sie auch eine ökonomische Dimension. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist mit einem Fokus auf Multinationale Unternehmen vor allem in den USA, Kanada, in den skandinavischen Ländern und in England eine neue Forschungsrichtung entstanden, welche die Verbindungen der Wirtschaft mit Gewaltkonflikten untersucht.¹ Die Forschung hat ergeben, dass Teile der internationalen Wirtschaft Gewaltkonflikte intensivieren. Der Artikel möchte mit einer schweizer Perspektive zur neuen Forschung in diesem Bereich beitragen und hierbei betonen, dass die Wirtschaft die internationalen Konflikte nicht nur verschärft, sondern umgekehrt auch das Eigeninteresse und die Möglichkeiten hat, bei der Deeskalation von Gewaltkonflikten mitzuhelfen.

¹ Vergleiche u. A.: Paul Collier: *Economic Causes of Civil Conflict and Their Implications for Policy*. Washington DC: World Bank (Economics of Civil War, Crime, and Violence research project paper). <http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/civilconflict.pdf>; Jane Nelson: *The Business of Peace: The private sector as a partner in conflict prevention and resolution*, London, 2000; Michael Renner: *The Anatomy of Resource Wars*, Washington DC: Worldwatch Institute, 2002 (Worldwatch Paper 162), <http://www.worldwatch.org/pubs/paper/162>; Jessica Banfield, Virginia Haufler und Damian Lilly: *Transnational Corporations in Conflict Prone Zones: Public Policy Responses and a Framework for Action*. London: International Alert, 2003; Karen Ballentine und Jake Sherman (Hg.): *The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance*, Boulder, 2003; Andreas Wenger und Daniel Möckli: *Conflict Prevention. The Untapped Potential of the Business Sector*, Boulder 2003; Alyson Bailes / Isabel Frommelt (Hg.), *Business and Security. Public Private Sector Relationships in a new security environment*, Oxford 2004.

2. Ein neues Forschungsgebiet

Am 1. Mai 2004 wurde der schweizerisch-schwedische Technologiekonzern ABB in der Hafenstadt Janbu am Roten Meer in Saudi Arabien Opfer eines terroristischen Anschlages. Vier bewaffnete Angreifer stürmten einen Teil des Firmengeländes, in dem einige von ihnen selber angestellt waren und eröffneten das Feuer auf die Büroräume. Dabei wurden fünf Mitarbeiter der ABB-Tochter ABB Lummus getötet. Sie hatten in einer vom US-Ölkonzern Exxon Mobil und dem saudischen Unternehmen Sabic betriebenen Erdölraffinerie gearbeitet. Beim anschließenden Feuergefecht wurden ein Mitglied der saudiarabischen Sicherheitskräfte und alle vier Angreifer getötet. „Wir sind schockiert und traurig darüber, dass bei diesem Anschlag Mitarbeiter von ABB Lummus und Mitglieder der saudi-arabischen Bevölkerung auf tragische Art ums Leben gekommen und einige verletzt worden sind“, sagte Gary Steel, Mitglied der Konzernleitung von ABB in Zürich.² Bei den toten ABB-Mitarbeitern handelte es sich um zwei US-Bürger, zwei Briten und einen Australier. ABB erklärte, dass die anderen 90 ständig im Ausland lebenden ABB-Mitarbeiter in Janbu mit ihren 30 Familienangehörigen Saudi Arabien verlassen werden. Auf weiteren ABB Arbeitsplätzen in anderen Ländern würde die Sicherheit überprüft. Nicht nur in Saudi Arabien werden international tätige Unternehmen vermehrt direkt mit Gewaltkonflikten konfrontiert. Auch in Nigeria, Kolumbien, Angola und weiteren Ländern sind ähnliche Phänomene zu beobachten. Eine Analyse dieser Phänomene zeigt, dass international tätige Firmen heute direkt und vielfältig als Opfer, und auch als Täter mit dem komplexen Phänomen der internationalen Gewalt verbunden sind. Die Vielzahl solcher Phänomene hat verschiedene Forscher dazu bewogen, systematisch Firmen wie ABB, De Beers und Nike als eigenständige Akteure mit eigenen Interessen im Bereich der internationalen Beziehungen wahrzunehmen und die komplexen Verbindungen zwischen der internationalen Wirtschaft und tödlichen Gewaltkonflikten zu untersuchen.

Dieser direkte Fokus auf Firmen wie ABB und Exxon ist neu, denn traditionellerweise hat sich die Friedens- und Konfliktforschung auf die Rolle von Nationalstaaten ihre jeweiligen Regierungen konzentriert und die Taktiken untersucht, mit welchen diese Nationalstaaten ihre Interessen in internationalen Organisationen wie der UNO oder der NATO vertreten.³ Es ist an dieser

² Presseinformation auf der Homepage der Firma www.abb.com.

³ Vergleiche zum Beispiel die Analyse des Autors zu den Strategien der verschiedenen Nationalstaaten in der UNO während des unerklärten stillen Krieges der USA gegen Kuba nach 1959 und während der darauf folgenden Kubakrise, welche den internationalen Frieden insgesamt stark gefährdeten: Daniele Ganser: Reckless

BRAUCHEN WIR EINE ÖKONOMIE DES FRIEDENS?

Stelle daher wichtig zu betonen, dass der neue Fokus auf die Firmen den alten Fokus auf die Nationalstaaten nicht ersetzt, sondern ergänzt. Denn auch in Zukunft werden nicht Firmen, sondern weiterhin Nationalstaaten die primäre Verantwortung für die menschliche und nationale Sicherheit tragen, weil ihnen das Gewaltmonopol und somit die Kontrolle über Militär, Geheimdienste und Polizei anvertraut wurde. Ein Missbrauch dieses staatlichen Gewaltmonopols, wie er im 20. Jahrhundert in der Form von Diktaturen oder von aggressivem Verhalten von Nationalstaaten wiederholt zu beobachten war, wird auch in Zukunft eine der grössten Herausforderungen für die friedliche Koexistenz auf dem Planeten darstellen.

Die heute existierenden fast 200 Nationalstaaten unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht sehr stark. Noch heterogener und vielfältiger jedoch präsentiert sich die Wirtschaft. Die Forschung über Verbindungen zwischen Wirtschaft und Gewaltkonflikten konzentriert sich heute primär auf die so genannten „Multinational Corporations“, kurz MNCs. 2001 gab es weltweit 65 000 MNCs, darunter prominent Konzerne wie Nike, UBS oder Daimler-Chrysler.⁴ Dabei gilt eine Firma dann als MNC, wenn sie im Ausland mindestens ein Tochterunternehmen hat, an welchem sie eine Kapitalbeteiligung von mindestens 10 Prozent besitzt. Die Geschäftstätigkeit von MNCs beschränkt sich also nicht auf den Staat, in dem sie registriert sind, sondern hat globale Dimensionen.⁵

Um die Komplexität der Phänomene einzuordnen, wird den MNCs, in der Umgangssprache oft als „Multis“ bezeichnet, und ihren Chief Executive Officers (CEOs) heute mitunter eine beachtliche Macht unterstellt, die globalen Verhältnisse wie Präsidenten oder Premierminister mehr oder minder mächtiger Staaten beeinflussen und steuern zu können. Diese These, zum Beispiel von David Korten oder Jean Ziegler prominent vorgetragen, besagt, dass MNCs indirekt über Regierungen und internationale Organisationen wie die Weltbank und den IMF oder direkt als Konzerne grosse globale Gestaltungsmacht ausüben.⁶ Wie genau diese Macht gemessen und beurteilt werden kann, und wie stark sie auf Kosten der Nationalstaaten in der letz-

Gamble. *The Sabotage of the United Nations in the Cuban Conflict and the Missile Crisis of 1962*, New Orleans, 2000.

⁴ Atlas der Globalisierung. Paris: Le Monde Diplomatique, 2003.

⁵ Die Zeitschrift „Fortune“ veröffentlicht regelmässig (gegen Bezahlung) die Liste der 500 grössten MNCs: <http://www.fortune.com/fortune/global500>.

⁶ Vergleiche hierzu: David Korten: *When Corporations rule the World*, Boomfield 2001 (2nd ed.). Und Jean Ziegler: *Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher*, Bertelsmann 2003 (5. Aufl.).

ten Dekade zugenommen hat, wurde seit dem Fall der Sowjetunion und der Intensivierung der Globalisierung in der Forschung kontrovers diskutiert.⁷

Hinsichtlich dieser Debatte wird im folgenden von der These ausgegangen, dass gegenüber den traditionellen Akteuren der internationalen Politik, den etwa 200 Nationalstaaten, die Macht der etwa 65'000 heterogenen und miteinander konkurrierenden MNCs nicht überschätzt werden sollte. Dies daher, weil auch die mächtigsten MNCs nicht die Gestaltungsmacht der mächtigsten Nationalstaaten erreicht haben. Etwa sechs Länder der Welt werden heute als „geostrategische Akteure“ bezeichnet, da sie alleine die Kapazität und den nationalen Willen besitzen, über ihre Grenzen hinaus Macht und Einfluss auszuüben: USA, China, Russland, Indien, Frankreich und Deutschland.⁸ Auch die grössten MNCs der Welt wie General Electric, BP oder Microsoft haben niemals die Machtfülle von geostrategischen Akteuren erreicht. Und selbst in schwachen Staaten wie Angola sind starke MNCs wie Exxon auf die Kooperation der Regierung angewiesen. Wenn also im Folgenden auf die Rolle der international tätigen Wirtschaft im Bereich der Gewaltkonflikte eingegangen wird, so geschieht dies vor dem Hintergrund der Beobachtung, dass MNCs tatsächlich einen Einfluss auf Gewaltkonflikte haben, aber auch im Bewusstsein, dass dieser Einfluss jenem der Nationalstaaten in der internationalen Politik untergeordnet bleibt.

Während der Diskurs um den globalen Einfluss von MNCs bis in die 1970er Jahre zurückreicht und sich heute im ökologischen und sozialen Bereich unter dem Schlagwort „Corporate Social Responsibility“ (CSR) intensiviert, so ist

⁷ Vergleiche hierzu: Susan Strange: *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*, Cambridge University Press, 1996. Klaus Armingeon: *Der Nationalstaat am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Schweiz im Prozess der Globalisierung*, Bern 1996. Thomas Bernauer: *Staaten im Weltmarkt. Zur Handlungsfähigkeit von Staaten trotz wirtschaftlicher Globalisierung*, Opladen 2000.

⁸ Es versteht sich von selbst, dass die Liste der geostrategischen Akteure immer umstritten ist. Die Listen setzen sich in der Regel aus einer Schnittmenge aus Atommächten, Vetomächten im UN Sicherheitsrat, Industriemächten der G8, und demographisch und geographisch prominenten Ländern zusammen. Die obige folgt dem Vorschlag von Zgibniew Brzezinski: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Frankfurt am Main 1999, S. 66-68. Grossbritannien, Japan und Indonesien werden zum Beispiel in der obigen Liste nicht aufgeführt, obschon sie gewichtige Länder sind. Aber Japan ist stark von der Protektion der USA abhängig, und durch China in seiner Machtausdehnung beschränkt. Grossbritannien ist nur noch eine ehemalige Grossmacht, die sich wegen ihrer selbstgewählten Abhängigkeit von den USA anders als Frankreich und Deutschland in der EU nicht als Führungskraft etablieren konnte. Das Inselreich Indonesien ist durch Unabhängigkeitsbewegungen stark gefordert, und wie Japan durch China in seiner Ausdehnung in Südostasien

doch der Fokus auf die Verbindungen von MNCs mit Gewaltkonflikten neu. 1998 hat Gilles Carbonnier vom Internationalen Roten Kreuz in Genf das Thema Wirtschaft und Gewaltkonflikte aufgenommen und einen Überblick über die Forschung vorgelegt. Carbonnier argumentierte, dass noch zu oft eine Trennung zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen einen ganzheitlichen Ansatz verhindere, was zu einem einseitigen Bild der Konfliktsituation führe. Um seine These zu illustrieren schilderte Carbonnier den Fall eines Europäischen Ökonomen, der die Regierung von Rwanda von 1990 bis zum Ausbruch des Genozids im April 1994 beraten hatte. Als der Ökonom später gebeten wurde, seine Arbeit im Rückblick zu beurteilen, betonte dieser, dass sein Auftrag sich strikt auf makroökonomische Themen beschränkte und er im Bereich ethnische Spannungen weder Mandat noch Ausbildung besass. Carbonnier kam zum Schluss, dass interdisziplinäre Forschung notwendig sei, um die Zusammenhänge von Gewaltkonflikten ganzheitlich zu erfassen.⁹

Jonathan Berman hat zwei Jahre später 25 Manager von MNCs interviewt, welche in Gebieten arbeiten, die von gewalttätigen Konflikten betroffen sind. Berman fand, dass weder Nationalstaaten, NGOs noch internationale Organisationen viel von der Art verstehen, wie MNCs das Problem der Gewaltkonflikte angehen.¹⁰ Paul Collier von der Weltbank hat im gleichen Jahr seine Studie zur wirtschaftlichen Dimension von Gewaltkonflikten vorgelegt und einiges Aufsehen mit der Behauptung erregt, dass vor allem die Gier nach Ressourcen wie Diamanten und Öl und der internationale Handel mit diesen Rohstoffen Bürgerkriege entfacht.¹¹ NGOs wie International Alert und das International Business Leaders Forum in London haben daraufhin versucht, einen systematischen Diskurs mit MNCs zum Thema Gewaltkonflikte aufzubauen. An diesem Diskurs hat nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Wissenschaft ein Interesse. Nachdem in Grossbritannien, den USA und den Skandinavischen Ländern die Forschung im Bereich Wirtschaft und Gewaltkonflikte zu weiteren Publikationen geführt hat, wird der Diskurs nun auch zunehmend in den deutschsprachigen Ländern aufgenommen.¹²

begrenzt. Andere Länder wie Brasilien und Südafrika bleiben hinsichtlich ihres Einflussbereiches weitgehend auf ihren Kontinent beschränkt.

⁹ Gilles Carbonnier, *Conflict, Postwar Rebuilding and the Economy: A Critical Review of the Literature*. Geneva: United Nations Research Institute for Social Development, 1998 (The War-torn Societies Project Occasional Paper no. 2), http://wsp.dataweb.ch/wsp_publication/toc-13.htm.

¹⁰ Jonathan Berman, *Boardrooms and Bombs: Strategies of Multinational Corporations in Conflict Areas*, in: *Harvard International Review* 22, no. 3 (2000), pp. 28–32.

¹¹ Collier (Fn. 1).

¹² Vergleiche hierzu Nelson; Banfield / Haufler / Lilly; Ballentine / Sherman; Bailes / Frommelt (Hg.) (Fn.1).

3. „Ökonomie des Friedens“ und „Ökonomie des Krieges“

Die Verbindungen von Wirtschaftsaktivitäten und Gewaltkonflikten sind vielfältig und komplex. Ebenso sind die Termini „Wirtschaftsaktivitäten“ und „Gewaltkonflikte“ unscharf und sehr breit. Um das Phänomen einzugrenzen, wird im Folgenden nur die private, gewinnorientierte international tätige Wirtschaft untersucht, wie sie sich exemplarisch in Form der MNCs darstellt. Unter „Gewaltkonflikt“ soll im Folgenden nur die physische Gewalt gegen Personen mit tödlichem Ausgang verstanden werden, wie sie durch internationale und innerstaatliche Kriege, Terrorismus und Diktaturen verursacht wird. Private nationale Verbrechen wie Mord und Totschlag werden von der Untersuchung ausgeschlossen, da sie im Bereich der Internationalen Beziehungen eine untergeordnete Rolle spielen.

Gemäss diesen Definitionen kann die Wirtschaft die Gewaltkonflikte nur in drei Formen beeinflussen. Erstens: Zwischen der Wirtschaftstätigkeit und dem Gewaltkonflikt bestehen keinerlei Verbindungen. Beide existieren isoliert voneinander und beeinflussen sich gegenseitig nicht. Diese Beziehung soll mit „keine Verbindung“ umschrieben werden. Zweitens: Die Wirtschaftstätigkeit intensiviert und verstärkt den Gewaltkonflikt. In Anlehnung an die ethisch moralische Terminologie soll diese Situation als „negative Verbindung“ bezeichnet werden. Drittens: Die Wirtschaftstätigkeit vermindert den Gewaltkonflikt und schwächt ihn ab. In Anlehnung an die ethisch moralische Terminologie soll diese Phänomenlage als „positive Verbindung“ bezeichnet werden.

Unsere globale Wirtschaft beinhaltet heute alle drei Verbindungen zwischen Wirtschaft und Gewaltkonflikten, also sowohl das Phänomen „keine Verbindung“ wie auch jenes der „positiven Verbindung“ und der „negativen Verbindung“. Auch die einzelnen international tätigen Unternehmen selber weisen oft ein vielschichtiges Bild auf, indem sie Bereiche mit „keiner Verbindung“ haben, die mit „negativer Verbindung“ und „positiver Verbindung“ zeitgleich koexistieren können.

Mit „Ökonomie des Friedens“ soll der Wirtschaftsraum umschrieben werden, bei welchem neben dem Bereich „keine Verbindung“ nur der Bereich „positive Verbindung“ existiert, und der Bereich „negative Verbindung“ gänzlich verschwunden ist. Umgekehrt soll „Ökonomie des Krieges“ den Zustand beschreiben, in dem neben dem Bereich „keine Verbindung“ nur der Bereich „negative Verbindung“ existiert und die Wirtschaftstätigkeit die Gewalt täglich kräftig antreibt. Sowohl die „Ökonomie des Friedens“ als auch die „Ökonomie des Krieges“ stellen also gedankliche Gegenpole auf einem Spektrum dar.

Für die Forschung ist es von Interesse, wie sich sowohl global als auch innerhalb der MNCs die Gewichte zwischen den verschiedenen Verbindungen

BRAUCHEN WIR EINE ÖKONOMIE DES FRIEDENS?

auf der Zeitachse verschieben. Nimmt der Bereich „negative Verbindung“ zu, und verstärkt die Wirtschaftstätigkeit den Gewaltkonflikt? Ist der Bereich „keine Verbindung“ dominant, und erfüllt die Firma somit den so genannten „do no harm“ Anspruch, gemäss welchem die Wirtschaftstätigkeit zu keinerlei Schaden in ihrer Umgebung führt? Oder hat eine Firma durch innovatives Vorgehen eine „positive Verbindung“ erschaffen, durch den die Gewalt vor Ort vermindert, und das Ansehen der Firma bei Mitarbeitern, Konsumenten und ethischen Investoren weltweit gesteigert wurde?

Weil die Verbindungen von Wirtschaftstätigkeiten und Gewaltkonflikten bis heute nur vereinzelt untersucht wurden, wissen wir noch wenig über die komplexen Wechselwirkungen in diesem Bereich. Dies führt zu der paradoxen Situation, dass das vergangene 20. Jahrhundert wirtschaftlich gesehen ohne jeden Zweifel ein ausgesprochen erfolgreiches Jahrhundert gewesen ist, während es hinsichtlich der Entwicklung der Gewalt für immer als ein äusserst tragisches Jahrhundert in die Menschheitsgeschichte eingehen wird.

Aus wirtschaftlicher Sicht besticht, dass im 20. Jahrhundert das Weltbruttosozialproduktstärkergewachsen ist als je in der Wirtschaftsgeschichte. Und auch wenn sich der Wohlstand global sehr unterschiedlich verteilt, so gilt doch, dass in der westlichen industrialisierten Welt der materielle Wohlstand ungeheuer zugenommen hat. Nie in der Menschheitsgeschichte konnte man sich so reichlich und vielfältig ernähren, sich so gut kleiden und so bequem wohnen, nie war die medizinische Betreuung so kostenintensiv und die Lebenserwartung so hoch, noch nie konnte man so frei und weit reisen, und noch nie gab es ähnlich grosszügige soziale Versicherungen für alte und pensionierte Menschen, oder für Invalide. Ohne das stetige Wachstum der Wirtschaft, welches auch durch verschiedene Rezessionen und Depressionen nicht beendet wurde, wäre dieser unser Leben dominierende materielle Wohlstand nicht möglich gewesen.

Und doch lässt dieser „Siegesszug“ keine umfassende Freude aufkommen, auch nicht in der westlichen industrialisierten Welt. Denn gleichzeitig war das 20. Jahrhundert auch eine schier unglaublich gewalttätige Zeitspanne. „Weshalb also endete das Jahrhundert nicht mit einer Jubelfeier angesichts dieses beispiellosen und wunderbaren Fortschritts, sondern in einer Stimmung des Unbehagens?“ spitzte Eric Hobsbawm 1994 die Frage zu. „Weshalb blickten so viele der Reflexion fähige ohne Genugtuung zurück und gewiss ohne Vertrauen in die Zukunft? Wahrscheinlich nicht nur deshalb, weil es ohne Zweifel das mörderischste Jahrhundert von allen war, über die wir Aufzeichnungen besitzen.“¹³

¹³ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1994, S. 27.

Seit am 11. September 2001 das Zeitalter des „Krieges gegen den Terrorismus“ begann, hat das Unbehagen weiter zugenommen. Die Furcht vor Anschlägen und wirtschaftlichem Niedergang halten viele davon ab, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Trotzdem bleiben die Korrelationen zwischen den Wirtschaftsaktivitäten und den Gewaltkonflikten weiterhin wenig erforscht. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass unsere beiden wichtigsten Indikatoren für den Zustand der Wirtschaft, das Bruttosozialprodukt (BSP) und sein Wachstum pro Jahr, nicht mit der Gewalt korreliert sind. Sie sind sozusagen „blind“, was die Beschleunigung der Gewaltspirale betrifft. Der Lohn einer Kindertherapeutin und der Preis für eine Landmine fließen als Zahl in die BSP Rechnung ein, ohne dass unsere volkswirtschaftliche Jahresrechnung die qualitativen Unterschiede messen könnte. Auch differenziertere Messgrößen wie der Human Development Index (HDI), welche die Lebenserwartung, die Alphabetisierung und die reale Kaufkraft pro Kopf (Purchasing Power Parity, PPP) berechnen, können dieses Problem nicht umgehen, da die PPP wiederum auf den BSP Daten aufgebaut ist. „So ist es schliesslich denkbar, dass die Lebensqualität beziehungsweise der effektive Wohlstand sogar sinkt, während das reale Volkseinkommen absolut und pro Kopf der Bevölkerung ansteigt, ja dass sogar die Lebensqualität um so viel mehr sinkt, als die errechnete Wachstumsrate sich erhöht!“¹⁴

Aus der Sicht der Friedens- und Konfliktforschung besteht eine der grossen Herausforderungen der Zukunft darin, dass die Wirtschaft weiter wachsen kann, ohne dabei die Gewaltkonflikte zu verschärfen. Dieses „nachhaltige Wachstum“, wie es die Ökologiebewegung genannt hat, bedingt, dass die „negativen Verbindungen“ der Wirtschaft zu Gewaltkonflikten zunehmend durch Bereiche „keiner Verbindung“ oder gar durch „positive Verbindungen“ ersetzt werden. Oder anders gesagt: Dass sich die Wirtschaft hinsichtlich einer „Ökonomie des Friedens“ und nicht in die Richtung einer „Ökonomie des Krieges“ entwickelt.

4. Die Ökonomie des Krieges

Die konkrete Beschreibung der Ökonomie des Krieges ist sehr schwierig, weil kein Wirtschaftsunternehmer mit dieser gesellschaftlich missbilligten Kategorie in Verbindung gebracht werden möchte. Trotzdem bestehen zwischen einigen MNCs und internationalen Gewaltkonflikten Verbindungen,

¹⁴ Hans Christoph Binswanger: Geld und Natur. Wirtschaftswachstum zwischen Ökonomie und Ökologie, Stuttgart 1991, p. 39.

BRAUCHEN WIR EINE ÖKONOMIE DES FRIEDENS?

welche die Forschung aufzeigen muss, wenn sie die Gewaltspirale verstehen will.

Ein erstes grosses Feld der Ökonomie des Krieges bildet der illegale Sektor der globalen Wirtschaft. Der illegale Handel mit Waffen, mit Heroin und Kokain, mit Menschen und mit vom Aussterben bedrohten Tierarten, ist oft aufs engste mit Gewaltkonflikten verbunden und weltweit vernetzt. In Kolumbien finanziert sich die FARC Guerilla zu einem erheblichen Teil über den illegalen Verkauf von Kokain in die USA. Oft laden Kleinflugzeuge beim Flug vom Süden in den Norden Kokain und nach dem illegalen Handel beim Rückflug vom Norden in den Süden Waffen. In Afghanistan finanzierten sich sowohl die Taliban als auch die Nordallianz mit dem Heroinhandel, welcher entlang seiner Handelsroute nach Europa in der Türkei den Bürgerkrieg zwischen den Türken und den Kurden über Wegzölle intensiviert.

Transnationale kriminelle Vereinigungen wie die Cosa Nostra in den USA, die Mafia und die Camorra in Italien, die Yakusas in Japan und die Triaden in Hongkong erhalten ihre Machtstruktur nicht nur durch Gewalt, sondern auch durch legale und illegale internationale Wirtschaftstätigkeit, darunter Zigaretten-, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Durch die Fortschritte in der Kommunikationstechnologie und die globale Vernetzung können illegal erzielte Gewinne über Steueroasen und Geldwäscheparadiese in den legalen Wirtschaftssektor überführt werden, auch wenn die illegale Wertschöpfung einen Gewaltkonflikt intensiviert hat. Steueroasen in Europa (z.B. Andorra, Monaco, Isle of Man, Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Jersey, Guernsey), Amerika (z.B. Bermudas, Bahamas, Kaimaninseln, Antigua, Panama), und Asien (z.B. Hongkong, Brunei, Cookinseln, Birma, Tuvalu) sind in diesen Prozess involviert. Alle bekannten MNCs versuchen, jeglichen Kontakt mit dieser Schattenseite der Weltwirtschaft zu vermeiden, da bewiesene Verbindungen beträchtlichen Reputationsschaden zur Folge haben.

Während die illegale Wirtschaft äusserst schwierig zu durchleuchten ist, hat die Forschung im Bereich der legalen Wirtschaft verschiedene Verbindungen zu Gewaltkonflikten identifiziert und analysiert. Prominent wurden vor allem MNCs aus dem Rohstoffsektor untersucht, da jene vor Ort bleiben müssen, um die Rohstoffe wie Öl, Gas, Gold, Diamanten, Holz und Kupfer abzubauen, auch wenn im Land gewalttätige Konflikte ausbrechen. Eine MNC, welche in der vergangenen Dekade sehr stark dem Vorwurf einer negativen Verbindung zu Gewaltkonflikten ausgesetzt war, ist die britisch-holländische Ölfirma Shell.

Seit Beginn der 1990er Jahre hat in Nigeria das Movement for the Survival of the Ogoni People (MOSOP) gegen die Arbeit der grossen multinationalen Erdölfirmer protestiert, neben Shell auch gegen Chevron und Exxon Mobil aus den USA, Elf aus Frankreich und Agip aus Italien. 1993 musste Shell den Betrieb in Nigeria vorübergehend einstellen, worauf die Militärdiktatur

Nigerias, welche sich zu 80% aus den Öleinnahmen finanzierte, den Aufstand der Ogonis mit Gewalt niederschlug. Shell und andere MNCs aus dem Ölsektor wurden daraufhin bezichtigt, eine „negative Verbindung“ zum Gewaltkonflikt zu haben, d.h., dass sie ihn förderten. Der Gewaltkonflikt erreichte im Oktober 1995 einen Höhepunkt, als der bekannte MOSOP Sprecher Ken Saro Wiwa vom Regime erhängt wurde, was zu starken weltweiten Protesten und Boykotten auch gegen Shell führte.¹⁵ In den folgenden Jahren hat Shell sich von den Gewalttaten der nigerianischen Regierung distanziert und den Konzern hinsichtlich seiner Verantwortung gegenüber der Gesellschaft im In- und Ausland stärker positioniert. Die Präsenz im Ölfördergebiet in Nigeria konnte und wollte Shell aber nicht beenden, und so führten auch 2004 Spannungen im Land zu Gewalttaten gegen den Shell Konzern.

Im Sudan hatte die schwedische Ölfirma Lundin Petroleum 1997 das Recht zur Förderung von Öl und Gas erworben. Wie Shell sah sich auch Lundin der Frage ausgesetzt, ob die Präsenz des Konzerns den laufenden Bürgerkrieg im Lande verstärken würde, oder ob die ökonomische Entwicklung durch Lundin nicht nur einen Profit für den Konzern abwerfen, sondern auch einen Friedensbeitrag für das Land leisten könnte. Lundin vertrat die Auffassung, dass nur in einem politisch stabilen Land Öl gefördert werden könne, und dass somit die Ölförderung für die Konfliktparteien einen Anreiz zum Frieden und zur Entwicklung darstelle. Internationale NGOs kritisierten jedoch, dass Lundin im Sudan die Umwelt belaste und der Regierung helfe, ihren Krieg zu finanzieren. Nach sieben Jahren verkaufte Lundin seine Rechte im Sudan und zog sich im Juni 2003 aus dem Land zurück.¹⁶

In Nigeria und im Sudan beklagten NGOs, dass Geld von MNCs wie Shell oder Lundin in die Kassen von Regierungen fließe, die in einem brutalen Bürgerkrieg als Hauptakteur auftreten. Wie Ian Bannon und Paul Collier jedoch deutlich gemacht haben, sind gerade auch die oppositionellen Gruppen in einem Bürgerkrieg auf den internationalen Zufluss von Kapital angewiesen.¹⁷ In diesem Kontext ist eine weitere multinationale Firma bezichtigt worden, zur Ökonomie des Krieges beizutragen, nämlich die südafrikanische De Beers, welche im globalen Diamantenhandel eine dominante Stellung einnimmt.

Eine der Kriegsparteien im blutigen Bürgerkrieg von Angola, die oppositionelle UNITA unter Jonas Savimbi, füllte in den 1990er Jahren ihre Kriegskasse

¹⁵ Vgl. Renner (Fn.1), S. 46.

¹⁶ Vergleiche Christine Batruch, Oil and conflict: Lundin Petroleum's experience in Sudan, in: Bailes / Frommelt (Hg.) (Fn. 1), S. 148-160.

¹⁷ Ian Bannon and Paul Collier, Natural Resources and Conflict: What We Can Do, in: Natural Resources and Violent Conflict. Options and Actions, hg. von Ian Bannon / Paul Collier, Washington DC, 2003, S. 1-16.

BRAUCHEN WIR EINE ÖKONOMIE DES FRIEDENS?

durch den Verkauf von Diamanten aus den Gebieten des Landes, die ihrer Kontrolle unterstanden. Der geschätzte Ertrag der UNITA aus diesem Geschäft betrug in der Zeitspanne 1992 bis 1998 ca. 3.7 Mrd. Dollar.¹⁸ Hauptabnehmer der von einer NGO-Kampagne als „Blutdiamanten“ bezeichneten Rohstoffe war der Diamantenhändler De Beers. 1998 verbot der UNO-Sicherheitsrat mit Resolution 1173 den Kauf von Diamanten von der UNITA, und De Beers stellte darauf den Handel mit der UNITA ein. Im Jahre 2000 begannen De Beers, Regierungsvertreter und NGOs wie Global Witness in der südafrikanischen Stadt Kimberley einen grenzüberschreitenden Dialog. Dieser führte zum so genannten „Kimberley Prozess“, der zum Ziel hat, mit einem internationalen Zertifizierungssystem den illegalen Handel mit Konfliktdiamanten global zu beenden. Unterstützt von der UNO, der EU und vom US-Kongress haben die Treffen von Wirtschaft und NGO-Vertretern seither vor allem im Bereich von neuen Richtlinien und Regeln zu beachtlichen Fortschritten geführt. Das Ziel sei aber noch nicht erreicht, wie NGO-Vertreter beim Kimberley Treffen im Oktober 2003 betonten, da die Regeln noch immer ungenügend umgesetzt und überwacht würden.¹⁹

Die Forschung im Bereich „Ökonomie des Krieges“ hat sich in den letzten zehn Jahren sehr stark auf den Rohstoffsektor der internationalen Wirtschaft konzentriert. Neu werden seit einigen Jahren nun auch verschiedene „Security Companies“ aus dem Sicherheitssektor der direkten Verbindung zur Ökonomie des Krieges beschuldigt. Hierbei prominent sind die so genannten „Private Military Companies“ (PMCs), welche nach dem Ende des Kalten Krieges in verschiedenen Ländern der Welt entstanden sind und in Krisen- und Kriegsgebieten ihre Dienstleistungen von Transport über Bewachung bis zu Kampfhandlungen anbieten. Mitarbeiter dieser PMCs rekrutieren sich oft aus ehemaligen staatlich Angestellten des Militärs und der Geheimdienste, wobei Spezialeinheiten der Militärs wie die britischen Special Air Services (SAS) solche Wechsel nicht gerne sehen und schon die Klage geäußert haben, dass einige ihrer auf Staatskosten ausgebildeten Elitesoldaten aus der Armee ausgetreten sind, um in den besser bezahlten PMCs zu dienen.²⁰

Im Bürgerkrieg in Sierra Leone hat die Regierung 1995 die südafrikanische Firma „Executive Outcomes“ angestellt, um die Kontrolle über die Diamantengebiete wiederzuerlangen. Im gleichen Jahr wurden im Bosnienkrieg die Kroaten durch die US-Firma „Military Professional Resources Incorporated“

¹⁸ Vergleiche Renner, *Anatomy of Resource Wars* (Fn. 1).

¹⁹ Vergleiche Andrew Bone, *Conflict Diamonds. The De Beers Group and the Kimberley Process* Alyson Bailes / Isabel Frommelt (Hg.) (Fn. 1), S. 129-147.

²⁰ Für den besten Überblick zum Thema PMCs vergleiche Peter Singer: *Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry*, Ithaca, N.Y., London, 2003.

(MPRI) derart unterstützt, dass sie den Serben eine vernichtende Niederlage bereiten konnten, die zum Ende des Bosnienkrieges beitrug. Spezialisten im Bereich der Internationale Beziehungen haben jedoch die PMCs in den 1990er Jahren kaum wahrgenommen.

Dies änderte sich schlagartig mit dem 3. Irakkrieg. Ende März 2004 wurden vier US-amerikanische Zivilisten in Fallujah durch irakische Widerstandskämpfer getötet und ihre geschändeten und verkohlten Leichen an einer Brücke aufgehängt. Die vier Toten waren ehemalige US Navy Seals Elitesoldaten und im Auftrag der US Firma „Blackwater Security Consulting“ im Irak. Die PMC Blackwater wird im Irak vom Pentagon bezahlt, und ihre Mitarbeiter verdienen pro Tag und Mann bis zu 1500 Dollar für riskante Aufträge. Spezifische Operationen der PMCs werden nur selten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, so wie jene in Najaf im April 2004, als Mitarbeiter von Blackwater zusammen mit amerikanischen Soldaten ein Gebäude verteidigten, ihre Munition verschossen und der Armeenachschub auf sich warten ließ, worauf Blackwater eigene Hubschrauber mit Munition schickte und einen verwundeten Soldaten ausflog.²¹

Gemäss Presseberichten waren im Irak im April 2004 neben den 130.000 staatlichen US Soldaten bis zu 15.000 private Sicherheitsangestellte von verschiedenen Firmen im Einsatz, mehr als jemals zuvor in einem internationalen Krieg der modernen Geschichte. Dabei unterscheiden sich die PMCs deutlich von den Söldnern des Mittelalters. Die schweizer Söldner und die deutschen Landsknechte zum Beispiel haben als Einzelne oder als Gruppen aus einer Familie, einem Dorf oder einem Tal gegen direkte Bezahlung für den Auftraggeber gekämpft. Die PMCs des 21. Jahrhunderts hingegen sind als Profitzentren nach einem Geschäftsplan mit Geschäftsführer, Vorstandvorsitzenden und Internetauftritt aufgebaut und bilden als Aktiengesellschaften Teile von komplizierten größeren Holdings, an denen mitunter auch ehemalige Regierungsbeamte finanziell beteiligt sind. Die US Söldnerfirma Vinnell, welche das Regime von Saudi-Arabien stützt, gehört zum Beispiel zur BDM Company, und diese zur Investmentfirma Carlyle Group, deren Verwaltungsrat der ehemalige US Außenminister James Baker und der ehemalige Verteidigungsminister Frank Carlucci angehören.

Der Ruf der PMCs wurde dadurch stark beschädigt, dass einige ihrer Mitglieder unter der Pinochet Diktatur in Chile oder unter dem Apartheidsystem in Südafrika gedient hatten und im Irak an den Folterungen beteiligt waren. Der Armee-Untersuchungsbericht von US General Taguba identifizierte vier

²¹ Von den Berichten in der Presse zum Thema PMCs im Irak besonders wertvoll: David Barstow: Security Companies: Shadow Soldiers in Iraq. New York Times, 19. April 2004.

BRAUCHEN WIR EINE ÖKONOMIE DES FRIEDENS?

Schlüsselpersonen, die entweder direkt oder indirekt für die Folterungen im Abu Ghraib Gefängnis verantwortlich waren. Zwei von ihnen arbeiteten als Angestellte der Privatwirtschaft und wurden von den amerikanischen Personalvermittlungsfirmen Caci und Titan rekrutiert. Caci lockte mit hohen Löhnen abgesprungene Experten aus Armee, Geheimdienst und Strafverfolgungsbehörden an und betonte in Stellenanzeigen, dass die Spezialisten für die Durchführung und Auswertung der Verhöre unter «minimaler Aufsicht» arbeiten könnten.²²

Finanzielle Anreize werden auch in Zukunft dazu beitragen, dass nicht nur im schwer zu analysierenden illegalen Bereich der globalen Wirtschaft, sondern auch im legalen Bereich Verbindungen zwischen Gewaltkonflikten und gewinnorientierten Wirtschaftsunternehmen bestehen. Diese Verbindungen zeigen, wie an einigen wenigen Beispielen exemplarisch verdeutlicht, ganz verschiedenen Abstufungen, so dass zwischen der Firma Lundin und der Firma Caci grosse Unterschiede bestehen. Als Gemeinsamkeit bleibt aber im Bereich der Ökonomie des Krieges, dass die beteiligten Wirtschaftsakteure bewusst oder unbewusst zum Gewaltkonflikt beitragen.

5. Die Ökonomie des Friedens

Die Ökonomie des Friedens lässt sich dadurch definieren, dass sie die Gewalt nicht fördert, sondern dass die gewinnorientierte Wirtschaft im Idealfall zur Verminderung der Gewalt beiträgt. Andreas Wenger und Daniel Möckli haben die These aufgestellt, dass, erstens, ohne den intelligenten Einbezug der Privatwirtschaft eine friedliche Koexistenz der Menschen und Staaten gar nicht möglich ist. Und dass, zweitens, gerade im Bereich der Konfliktprävention nicht nur den Staaten und internationalen Organisationen, sondern auch der Privatwirtschaft eine zentrale Rolle zukommt. Wenger und Möckli betonen, dass zwischen Frieden und Wirtschaftstätigkeit eine gegenseitige Abhängigkeit bestehe, insofern der weitaus größte Teil der globalen und der nationalen Wirtschaft auf Frieden und Stabilität angewiesen ist und durch Krieg zerstört würde, während gleichzeitig nur eine wirtschaftlich nachhaltig entwickelte Region die für den Frieden so zentrale Stabilität biete.²³

Der Gedanke, dass durch gemeinsame wirtschaftliche Tätigkeit und Entwicklung zwischenstaatliche Gewaltkonflikte überwunden werden können, ist nicht neu. Die Länder der Europäischen Union (EU), oder auch die Länder, welche sich in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengeschlossen haben, bilden dafür die

²² Neue Zürcher Zeitung: Heikles «Outsourcing». Vorwürfe gegen private Verhör-Experten in Abu Ghraib. 11. Mai 2004.

²³ Vergleiche hierzu Wenger / Möckli (Fn. 1).

besten Beispiele. Die Vorgängerorganisation der OECD, die 1948 gegründete OEEC (Organization for European Economic Cooperation), diente nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem der Verteilung der amerikanischen Marshall-Plan-Hilfsgelder für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa. Die wirtschaftlichen Investitionen haben die zerstörten Kriegsländer Deutschland und Japan befriedet und stabilisiert und sie hinter den USA an die wirtschaftliche Weltspitze befördert. Sowohl der EU-Raum, als auch der größere OECD-Raum, der neben Europa auch noch die USA, Kanada, Mexiko, Südkorea, Japan, Neuseeland und Australien umfasst, sind heute weitgehend stabile friedliche Gebiete, in welchen sich der größte Teil der globalen Wirtschaft abspielt.

Nicht erst seit den Terroranschlägen in den USA im Jahre 2001 und in Spanien im Jahre 2004 haben Sicherheitsexperten darauf hingewiesen, dass weder der EU-Raum noch der OECD-Raum längerfristig als abgeschottete Friedenszonen erhalten werden können. Durch die den Globus umspannende Technik und die Abhängigkeit der Industriestaaten von den Rohstoffen, allen vorab die Abhängigkeit vom Ölzufuss, bleiben die befriedeten OECD-Länder direkt mit den Gewaltkonflikten außerhalb der OECD-Länder verbunden und tragen mit zu diesen bei. Durch die gegebene Begrenztheit der Rohstoffe scheidet daher ein Friedensprojekt aus, welches den Konsum und die Industrialisierung des OECD-Raumes und der EU auf alle Länder der Welt ausdehnen möchte. Ein solches Friedensprojekt könnte daher kontraproduktiv werden, weil es den Kampf um die Rohstoffe zuspitzt. Ökologie wird somit zur Sicherheitspolitik.²⁴

Wenn der OECD-Raum tatsächlich ein gelebtes Friedensmodell darstellt, dann nur insoweit, als er den nachhaltigen Umgang mit den Rohstoffen pflegt, und die zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konflikte mit zivilen und nicht mit militärischen Mitteln löst. Diese Bereiche existieren und bilden wiederum in ganz verschiedenen Abstufungen Elemente einer Ökonomie des Friedens, auf welche nicht nur die OECD-Länder, sondern alle Länder längerfristig angewiesen sind. Während im Bereich Wirtschaft und Ökologie hinsichtlich des nachhaltigen Umganges mit Rohstoffen gerade auch in Deutschland und in der Schweiz schon eine Vielzahl von Beispielen existieren, sind direkte

²⁴ Michael Klare ist überzeugt, dass dieser Kampf um die Ressourcen eine Hauptursache für zukünftige Gewaltkonflikte darstellen wird: „Whereas international conflict was until recently governed by political and ideological considerations, the wars of the future will largely be fought over the possession and control of vital economic goods – especially resources needed for the functioning of modern industrial societies“. Michael Klare, *Resource Wars. The New Landscape of Global Conflict*, New York, 2001, S. 213.

BRAUCHEN WIR EINE ÖKONOMIE DES FRIEDENS?

Beispiele von Gewalt vermindern oder jedenfalls nicht Gewalt antreibenden Aktionen von multinationalen Konzernen noch wenig erforscht.

Die norwegische Ölfirma Statoil fand sich in Venezuela mit Gewaltkonflikten und einem Sicherheitsproblem konfrontiert und hat daraufhin versucht, die zivile Konfliktlösung zu fördern, indem die Firma in Partnerschaft mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und Amnesty International Richter für die zivile Lösung von Menschenrechtsverletzungen schulte. In Angola hat die britische Ölfirma BP zusammen mit dem Internationalen Roten Kreuz (ICRC) Gesundheitszentren aufgebaut, um dadurch einen Teil der Gewinne der Firma den Menschen im Lande wieder zukommen zu lassen. Um nach dem Kosovokonflikt im Balkan den wirtschaftlichen Neuanfang zu unterstützen, hat die deutsche Commerzbank die Micro Enterprise Bank (MEB) mitbegründet, um Kleinstunternehmen mit Krediten zu versorgen.²⁵

Beispiele wie diese im Bereich der Ökonomie des Friedens sind aus verschiedenen Perspektiven kritisiert worden. Korruption und Bestechung, so der zentrale Einwand, führen dazu, dass auch gut gemeinte Friedensprojekte in Angola und Venezuela ohne nachhaltige Wirkung bleiben. In der Tat stellt die Verknüpfung von Gewalt und Korruption eine noch ungelöste Herausforderung für die Friedensforschung dar. Auffallend ist aber, dass scheinbar sowohl für den Problemkreis Gewalt als auch für den Problemkreis Korruption nur eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit nachhaltige Lösungen erbringen kann. Transparency International, die führende NGO im Bereich der Korruptionsbekämpfung, insistiert, dass Korruption längerfristig nur durch koordinierte „Private Public Partnerships“ zwischen international tätigen Firmen, Staaten, NGOs und internationalen Organisationen bewältigt werden kann.²⁶ Im Bereich der Forschung zu Wirtschaft und Gewaltkonflikten beginnt sich dieselbe Einsicht durchzusetzen. International Alert, eine auf Kriegsverminderung und Friedensförderung spezialisierte NGO, betont in ihrem Handbuch zur Rolle von Multinationalen Unternehmen in Konfliktgebieten, dass eine einzelne Firma als Investor kaum Chancen hat, die Korruption zu reduzieren, dass aber ein koordiniertes Vorgehen mehrerer internationaler Firmen im gleichen Land Erfolge erzielen könne.²⁷

²⁵ Vgl. Nelson (Fn.1), S. 68-69.

²⁶ Siehe http://www.transparency.org/about_ti/index.html.

²⁷ Banfield / Haufler / Lilly (Fn.1), Seite 22.

6. Die schweizer Wirtschaft und internationalen Gewaltkonflikte

Das eingangs geschilderte Beispiel des Terroranschlags auf die Tochtergesellschaft der schweizerisch-schwedischen Firma ABB in Janbu in Saudi Arabien hat auch in der Schweiz das Bewusstsein dafür geschärft, dass die Wirtschaft nicht isoliert von der internationalen Gewalt existiert, sondern auf komplexe und vielfältige Weise mit ihr verbunden ist. Wie in vielen Ländern ist jedoch auch in der Schweiz die Forschung zu diesem Themenbereich erst im Entstehen. Was hat die schweizer Wirtschaft mit internationalen Gewaltkonflikten zu tun? Wo fördert sie diese? Und wo wurde durch innovative Ansätze die Gewalt reduziert?

Zuerst zu einigen ausgewählten „negativen Verbindungen“, durch welche die schweizer Wirtschaft die Gewalt gefördert hat und welche wie in allen Ländern der Welt den nationalen Ruf und Stolz im allgemeinen und den Ruf und Stolz der betroffenen Firma im besonderen treffen und daher schwieriger zu behandeln sind als die „positiven Verbindungen“, bei denen die Wirtschaft die Gewalt vermindert hat.

Der die internationale schweizer Wirtschaft dominierende Finanzsektor ist vor allem durch die Existenz von „Potentatengeldern“ in die Kritik geraten, da solche Vermögen von Diktatoren vieler Länder die Gewaltherrschaft im Heimatland mitermöglichen. Exemplarisch ist hier das Beispiel des Diktators der Philippinen Ferdinand Marcos, der 1986 durch das Volk gestürzt wurde, worauf seine Verbindung zur international tätigen Bank Credit Suisse publik wurde. Diktator Marcos hatte mehrere Millionen aus der philippinischen Staatskasse entnommen und sie mit Hilfe eines schweizer Bankiers auf mehrere Nummernkonten bei der Credit Suisse überwiesen. Von diesen Konten wurde das Geld in die Credit Suisse Treuhandgesellschaft Fides weitergeleitet und ist danach in Liechtensteiner Geldanlagen geflossen. Um die Kontakte zu stabilisieren, hatte Diktator Marcos 1978 einen Direktor der Credit Suisse zum Generalkonsul der Philippinen in Zürich ernannt.

Eine andere Verbindung mit einer Militärdiktatur entstand durch die Investitionen der international tätigen schweizer Unterwäschefirma Triumph, welche in Burma einen Teil ihrer Produkte herstellen liess. Die durch NGOs getragene „Clean Clothes Campaign“ (CCC) forderte mit dem Slogan „Support Breasts, not Dictators“ im Januar 2001, dass sich Triumph aus Burma zurückziehen solle, da der internationale Handel die Diktatur am Leben halte. Ein Jahr später stellte Triumph seine Produktion in Burma ein.

Die schweizer Wirtschaft hat keinen Gas- und keinen Ölsektor, und besitzt im internationalen Vergleich auch nur einen sehr kleinen „militärisch-industriellen Komplex“. Trotzdem kommen immer wieder Fälle vor, bei denen schwei-

BRUCHEN WIR EINE ÖKONOMIE DES FRIEDENS?

zer Firmen über Rüstungsgüter mit Gewaltkonflikten verbunden sind. Als zu Beginn des Jahres 1994 in Mexiko mit dem Aufstand des EZLN (Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional) und der Besetzung von mehreren Städten in Chiapas ein Bürgerkrieg ausbrach, entschied sich die mexikanische Regierung, diesen Aufstand mit militärischen Mitteln zu bekämpfen. Die schweizer Flugzeugfirma Pilatus lieferte Kleinflugzeuge an die mexikanische Regierung, welche darauf im Rahmen der Militäroffensive zur Aufstandsbekämpfung verschiedene Regionen bombardierten. Die schweizer Neutralität sowie das strikte Kriegsmaterialgesetz sollten solche Lieferungen unmöglich machen. Doch auch an das Bürgerkriegsland Angola wurde im Jahre 2000 ausgemustertes Material der schweizer Armee über die kleine Luzerner Firma „Studer Jeep Parts“ verkauft, darunter Schützenpanzer M-113.

Freilich zeichnen sich auch im Bereich der „Friedensökonomie“ in der Schweiz Prozesse ab, welche zeigen, dass innerhalb der Wirtschaft das Thema Gewaltkonflikte zunehmend Ernst genommen wird. So hat zum Beispiel die schweizerisch-schwedische Firma ABB, welche in Saudi Arabien Opfer eines Terroranschlages wurde, im Balkan bei einem ihrer Projekte versucht, die friedliche Koexistenz der Menschen zu fördern. Nach dem Frieden von Dayton 1995 und dem Ende des Bosnienkrieges hat ABB Elektrizitätsinfrastruktur wieder aufgebaut und in einem Projekt mit Absicht die drei verfeindeten Parteien - die orthodoxen Serben, die katholischen Kroaten und die bosnischen Muslime - in der Arbeit des Wiederaufbaues zusammengebracht und damit einen Beitrag zur friedlichen Koexistenz und Besänftigung der Gewalt auf dem Balkan geleistet.

Auf dem Finanzsektor hat sich die 1995 gegründete schweizer Vermögensverwaltungsfirma Sustainable Asset Management (SAM) in Zürich auf nachhaltige Investitionen spezialisiert. Zusammen mit der Dow Jones Company hat SAM 1999 den ersten globalen Sustainability Index lanciert. Der Dow Jones Sustainability Index (DJSI) umfasst diejenigen Unternehmen, welche in ihrer Branche in Bezug auf ökonomische, ökologische und soziale Kriterien führend sind und dadurch direkt oder indirekt zur Verminderung der Gewalt beitragen. Ebenso hat im Finanzsektor die Bank Sarasin in Basel unter der Bezeichnung „Investmentfonds für eine Zukunft mit Zukunft“ 1994 den weltweit ersten Fonds mit ökologischen Kriterien geschaffen und 1998 einen Fonds gegründet, der nur Titel von solchen Unternehmen enthält, die sozial und nachhaltig wirtschaften. Es ist denkbar, dass diese „grünen“ und „sozialen“ Fonds bald durch einen „Friedensfonds“ ergänzt werden, der nur Titel mit einer „positiven Verbindung“ zur Gewaltspirale enthält.

Dass gerade finanzstarke institutionelle Anleger wie die langfristig planenden Pensionskassen an solchen Finanzprodukten ein Interesse haben, zeigt die

Anlagestiftung „Ethos“, welche 1997 gegründet und zunächst belächelt wurde, heute aber über 80 schweizer Pensionskassen vertritt und somit eine beachtliche Marktstärke gewonnen hat. „Ethos“ baut auf einer doppelten Einsicht auf: Erstens, dass die grossen schweizer Konzerne heute zu 10 bis 15% den Pensionskassen gehören - also den Millionen von Mitarbeitern, die ihr Geld jeden Monat in diese Vorsorgekassen einzahlen. Und zweitens, dass eine Mehrheit von diesen Eigentümern eine nachhaltige Wirtschaft und friedliche globale Koexistenz wünscht, für welche sich „Ethos“ mit dem verwalteten Kapital stellvertretend einsetzt.

7. Schluss: Der Mehrwert der Ökonomie des Friedens

Weder für das Beispiel Schweiz noch für den internationalen Raum konnte dieser Beitrag eine abschliessende Übersicht oder auch nur eine in Teilen vollständige Analyse bieten. Trotzdem lassen sich auch in diesem frühen Stadium der Forschung aufgrund von vorläufigen Entwicklungsbeobachtungen abschliessend die folgenden vier Punkte festhalten: 1) Seit dem Ende des Kalten Krieges sind neben den nationalen Regierungen im Kontext der Globalisierung international tätige Wirtschaftsunternehmen vermehrt als eigenständige Akteure in den internationalen Beziehungen aufgetreten. 2) Die international tätige Wirtschaft, und vor allem multinationale Konzerne (MNCs), kommen auf vielfältige Weise mit Gewaltkonflikten in Berührung. 3) Durch den internationalen Terrorismus sind auch vormals sichere und gewaltfreie Wirtschaftszonen wie der EU-Raum oder der OECD-Raum heute von politischer Gewalt betroffen. Da eine Abschottung nicht möglich ist, liegt es auch im Interesse der OECD-Länder, dass Gewaltprobleme an der Wurzel angegangen werden. 4) Um die vielfältigen Berührungspunkte der internationalen Wirtschaft mit den internationalen Gewaltkonflikten systematisch zu unterscheiden, bieten sich drei Kategorien an, nämlich a) eine „positive Verbindung“, bei der die Wirtschaftstätigkeit die Gewalt reduziert und somit eine „Friedensökonomie“ aufbaut, b) eine „negative Verbindung“, bei der die Wirtschaftstätigkeit die Gewalt fördert und somit eine «Kriegsökonomie» aufbaut, und c) „keine Verbindung“, bei der keine Beziehung zwischen der Wirtschaftstätigkeit und Gewaltkonflikten besteht.

Ein Überblick über die heutige Forschung zeigt, dass gerade die Kriegsökonomie mit ihren negativen Verbindungen im Bereich der illegalen Wirtschaft, im Bereich der Söldnerindustrie und im Bereich der Ressourcenförderung und des Ressourcenhandels wissenschaftlich bearbeitet wird. Jedoch fehlen Untersuchungen, die aufzeigen, wie die Wirtschaft eine Friedensökonomie aufbauen kann, indem sie bewusst die eigenen Verbindungen

BRAUCHEN WIR EINE ÖKONOMIE DES FRIEDENS?

zur Gewalt analysiert und durch positive Verbindungen ersetzt. Eine solche Praxis muss auf der doppelten Einsicht aufbauen, dass erstens die Zonen der Gewalt heute geographisch nicht mehr abgeschottet sind, sondern sich über den Terrorismus und Bürgerkriege ohne Rücksicht auf nationale Grenzen ausdehnen. Zweitens können die meisten Unternehmen in der Schweiz und in Europa nur in einer stabilen Ökonomie des Friedens prosperieren und sind daher auf sie angewiesen. Die Wirtschaft hat ein Interesse am Frieden und ist ein wesentliches Glied im Prozess der Deeskalation von Gewaltkonflikten. Sie sollte daher grundsätzlich in der Friedensforschung als Partner ernst genommen werden. „The world is very different now“, hat US-Präsident John F. Kennedy schon 1961 in seiner Antrittsrede betont, und implizit auf die Ökonomie des Friedens und die Ökonomie der Gewalt hingewiesen: “For man holds in his mortal hands the power to abolish all forms of human poverty and all forms of human life.”²⁸

²⁸ Zitiert in: Vincent Wilson, Jr, (ed.), *The Book of Great American Documents*, Crawfordsville IN, 1998, S. 81.